

- A. Problem und Ziel

Leitsatz Arbeitsentwurf

Es „... müssen weitere gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um

- die in der Prostitution Tätigen besser zu schützen,
- ihr Selbstbestimmungsrecht zu stärken, ...
- fachgesetzliche Grundlagen zur Gewährleistung vertraglicher Arbeitsbedingungen ... zum Schutz der Gesundheit für die in der Prostitution Tätigen zu schaffen ...
- um Kriminalität in der Prostitution wie Menschenhandel, Gewalt gegen und Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei zu bekämpfen“ (S.1, Hrvhbg. durch Spiegelstriche K.F.)

Vorrang des Selbstbestimmungsrechtes, des Grund- und Menschenrechtes

Kennzeichen einer freiheitlich verfassten Gesellschaft ist, dass der Staat das Selbstbestimmungsrecht der in ihr lebenden Menschen prinzipiell unangetastet lässt. Das Selbstbestimmungsrecht konstituiert eine freiheitliche Gesellschaft. Gesetzliche Maßnahmen greifen in das Selbstbestimmungsrecht von Menschen ein. Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Menschen durch Gesetze stellen primär eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes dar. Zuvorderste Aufgabe des Staates ist es Menschen vor freiheitsverletzenden Eingriffen zu schützen und insbesondere sich selbst solcher zu enthalten.

Der Begründungstext zum ProsSchG kehrt dieses Prinzip staatlicher Verpflichtung um. Es stellt gesetzliche Regulierung vor und damit über das Selbstbestimmungsrecht. Der Staat entscheidet gegen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Er entscheidet -und dies ist besonders gravierend- in die Sphäre des Intimen, des Sexuellen hinein und verletzt damit die innerpersonalste, menschen- und verfassungsrechtliche geschützte Grenze des Wollens, Handelns und Fühlens der Menschen. Das Selbstbestimmungsrecht über intimes, sexuelles Wollen, Handeln und Fühlen soll dem (fach) gesetzlichen Zugriff unterstellt werden. Freiheitsreduzierende, die Intimsphäre regulierende staatliche Maßnahmen werden -Legitimierung diktatorischer Befugnis- als freiheitskonstituierend bezeichnet..

Welche Maßnahmen sind es, die laut Gesetzentwurf durch die staatliche Verletzung des Kernes der Intimsphäre, des sexuellen Wollens, Handelns und Fühlens, dem staatlichen Eingriff in das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, des Menschenrechtes auf Freiheit, geeignet sein sollen, dieses zu stärken?

Das gilt es im einzelnen, bei jeder Rechtsnorm, die der Gesetzesentwurf enthält, zu prüfen und zweifelsfrei zu begründen. Jede dieser Gesetzesnormen, für die nicht der Nachweis erbracht wird, dass sie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen stärken, scheitert am verfassungsrechtlichen Vorbehalt der Unverletzlichkeit der Intimsphäre als äußerstem Fluchtpunkt menschlicher Selbstbestimmung.

Welche intimen, sexuellen Arrangements über 18 jährige, geschäftsfähige Erwachsene einvernehmlich treffen, unterliegt dem Schutz und nicht der gesetzlichen Kontrolle eines freiheitlich-demokratischen Staates. Dieser Staat hat die freie, nichtdiskriminierende, ungehinderte Vollziehung dieser Arrangements zu gewährleisten. Gegen einen Staat, der diese unterbindet, ist grundrechtlich umfassender Widerstand (<https://de.wikipedia.org/wiki/Widerstandsrecht>) zulässig. Dieser Widerstand, der Verteidigungsfall der Grund-und Menschenrechte gegen rechtsförmigen staatlichen Terror, ist grundrechtliche Menschenpflicht.

Sofern es zu nichteinvernehmliche Handlungen kommt, greift das Sexualstrafrecht. Sofern im Sexualstrafrecht, das vor Eingriffen in das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu schützen hat, Regelungsdefizite bestehen, so sind diese nicht durch (fach-) gesetzliche Regelungen des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen zu kompensieren, sondern durch Novellierungen des Sexualstrafrechtes.

Klaus Fricke für

SIB-SWinfoBremen@gmx.de, Paralia Ammos, Griechenland, den 02.08.2015